

Die Wählerin

← Blätter zum Wahlkampf →

Religion muß sein!

„Die Sozialdemokraten wollen die Religion abschaffen, Religion aber muß sein und darum können wir keine Sozialdemokraten sein.“

Mit dieser Begründung sperren sich immer noch viele Frauen gegen uns, so überzeugend sich ihnen vieles aufdrängt, was sie von uns hören. Aus dieser vorgefaßten Meinung hat ein großer Teil der gegnerischen Parteien bisher Vorteil gezogen, er setzt auch dieses Mal seine Hoffnung auf sie.

Die Erhaltung des „christlichen Staates“ ist angeblich das Ziel der Deutschnationalen.

„Brot dem Hungrigen dein Brot“

Ist ein alter christlicher Grundsatz. Man sollte also voraussetzen, daß Parteien, die einen christlichen Staat anstreben, nach diesem Grundsatz für das Brot des armen Mannes besorgt sein müßten. Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Die Sozialdemokraten mußten kurz vor Auflösung des Reichstages verkünden, daß ein von diesen Parteien verlangtes Gesetz das Brot des armen Mannes verteuere. Diese Parteien handelten nach dem Grundsatz: „Brot dem Hungrigen sein Brot!“ Sollte auf Getreide und andere Lebensmittel sollten den Zweck haben, der Landwirtschaft hohe Preise zu sichern. Hoher Brotpreis — kleine Portionen — wäre das Ergebnis für den Hungrigen.

„Der Mensch lebt nicht von Brot allein.“

Er bedarf der seelischen Erhebung, bedarf einer sittlichen Grundlage. Diese kann ihm nach der Vorstellung vieler nur die Religion geben. Darum glauben sie, die Religion ihren Kindern erhalten zu müssen. Religion als Inbegriff eines übernatürlichen Gottesglaubens hat ihre Quelle in der Hilflosigkeit des menschlichen Geistes gegenüber den erhabenen Erscheinungen im Weltall. Da, wo ihm das Erkennungsvermögen verließ, schuf sich der Mensch den Gottesbegriff. Mit der Entwicklung der Menschheit erfuhr dieser Gottesbegriff mannigfache Wandlungen. Der Mensch schuf sich Gott nach seinem Bilde und paßte ihn seiner Entwicklung an. Unsere Urnahmen beteten zu Götzenbildern; Göttern des Guten und Bösen, Produkte ihrer primitiven Kunst. Der moderne Mensch bedarf dieser grobsinnlichen Veranschaulichung nicht mehr. Seine Seele ist auf die Kunst übersinnlicher Vorstellung eingestellt. Wir empfinden das als eine Höherentwicklung des Gottesbegriffes. War damit eine „moralische Höherentwicklung“ verbunden? Im letzten Kriege haben wir alle Brutalität der Urzeit in soundsovielfacher Wiederholung erlebt. Sie trat in der Urzeit grob und ziellos auf. Heute ist sie technisch vervollkommenet und wohlorganisiert. Das ist der Unterschied. Die Religion blieb sittliche Vorstellung. Man glaubte, auch in den Geschehnissen, die durch Staat und menschliche Gesellschaft bedingt sind, göttlichen Willen ehrsüchtigsvoll anerkennen zu müssen.

Von diesem verhängnisvollen Irrtum befreit der Sozialismus. Goethe hat einmal gesagt: „Das schönste Glück des denkenden Menschen ist, das Erforschte erforscht zu haben und das Unerforschte ruhig zu verehren.“ Der Sozialismus erachtet die ruhige Verehrung des Unerforschten für ebenso religiös wie die Gläubigkeit

an die Schöpfung durch Gott. In diesem Sinne anerkennt er das religiöse Recht des einzelnen und erklärt:

„Religion ist Privatsache.“

Der Sozialismus hat dem Menschen die Glücksmöglichkeit, das Erforschte zu erforschen, erschlossen. Er zeigt die Zustände im Leben der Staaten und Völker auf als das, was sie sind: Folgen wirtschaftlicher Zusammenhänge. Er denkt auf, daß die Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen durch den wirtschaftlich Starken nicht unabänderlicher Wille Gottes ist, sondern gesellschaftlicher Zustand, der durch menschlichen Willen, durch den Willen der proletarischen Klasse geändert werden kann und muß.

Er entrückt also die Religion dem Mißbrauch zur Rechtfertigung des Schlechten. So wird der Sozialismus sittliche Erscheinung. Er auferlegt dem denkenden Menschen die Pflicht zur Verantwortlichkeit vor den Menschen, gibt dem Menschen den Glauben an den Menschen, der sein Handeln auf das gemeinsame Wohl einstellen will. Diesem Willen gibt er die

verantwortliche Wirkungsmöglichkeit im Gemeinschaftsleben.

Als Träger des Sozialismus beriefen die Sozialdemokraten auch die Frauen durch das Wahlrecht zur Mitarbeit am Gemeinschaftsleben.

Der Sozialismus entzieht uns keine sittlichen Grundlagen, sondern gibt uns neue, in uns selbst liegende, in die Menschheit hinausragende sittliche Werte. Ist es nicht für jede Frau und besonders für jede Mutter etwas Großes, an einer Menschheitsgemeinschaft mitzuwirken, in der Ehrfurcht vor dem Leben die große sittliche Grundlage ist, auf der sich die Arbeit aller für alle aufbaut? Muß es nicht ihr Ziel sein, in dieser Ehrfurcht auch ihre Kind zu erziehen? Sollte man nicht auf der Natürlichkeit der kindlichen Seele aufbauen, aus der Liebe zu den Eltern gleichzeitig die Liebe zum Guten heranzüchten können? Geben Mütter ihren Kindern nur Fleisch und Blut, geben sie ihnen nicht auch ihren inneren Menschen mit?

Je mehr sich dieser innere Mensch frei macht von widerspruchsvollen Ueberlieferungen und Vorstellungen, desto mehr wird es ihm gelingen, den

Sozialismus als sittliche Erscheinung

zu erfassen und zu erleben. Daß diesem Erleben schon die Kindesseele erschlossen werde, das ist für die Höherentwicklung unseres Gemeinschaftslebens Voraussetzung. Darum muß schon in unseren Schulen im Geiste sozialer Gemeinschaft das Denken und Gefühlleben des Kindes geleitet werden. Hilft eure Kinder vor denen, die ihren Geist nur niederhalten, um ihnen das Brot brechen zu können. Durch euch kann die Schule die Ausgangsstätte der Menschen werden, die das Glück kennen, Unerforschliches ruhig zu verehren und Erforschliches zu erforschen, um es zu gestalten, d. h. auf unsere Lebensverhältnisse angewandt, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Zukunft zu gestalten!

Die Zukunft gehört dem Sozialismus, darum muß ihm die Schule der Gegenwart gehören! Daran denkt am 7. Dezember!

Was ist der Bürgerblock?

Der Bürgerblock ist die Zusammenfassung aller Besitzenden gegen die arbeitende Bevölkerung.

Was will der Bürgerblock?

Der Bürgerblock will die gesamten Lasten aus dem Ländlichen Abkommen von den starken Schultern der Besitzenden abwälzen und den schwachen Schultern der Arbeitenden auferlegen.

Wie verhindert man den Bürgerblock?

Indem jeder Mann, jede Frau aus dem werktätigen Volke, jeder Arbeiter, Angestellter,

Beamte, Handwerker, Kleinbauer usw. am 7. Dezember seine Stimme der Sozialdemokratie gibt!

Erwerbslosenunterstützung der Frauen.

Seit Jahren führte die Sozialdemokratie einen Kampf um Gleichstellung der Erwerbslosenunterstützung für Männer und Frauen. Im Juli hat der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages endlich unserem Antrag zugestimmt. Die Regierung wurde ersucht, die Unterstützungssätze für männliche und weibliche Erwerbslose in gleicher Höhe festzusetzen.

Was tat das Reichsarbeitsministerium? Am 9. August erließ es eine Verordnung, nach der weibliche Erwerbslose über 21 Jahre nur dann die gleichen Unterstützungssätze wie die Männer bekommen, wenn sie nachweisen können, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben. Können sie das nicht, dann erhalten sie 10 Prozent weniger wie die Männer.

Hier in Berlin bekommen zum Beispiel:

Frauen über 21 Jahre 5,40 M., Männer 6,— M.

Frauen unter 21 Jahre 3,80 M., Männer 3,60 M.

Daß man bei so niedrigen Unterstützungssätzen, die nach dem Antrag der Sozialdemokratie verdoppelt werden sollten, es auch noch wagte, die Frauen schlechter zu stellen wie die Männer, ist eine grobe Ungerechtigkeit. Man scheint zu glauben, daß ihnen das Hungern besser bekommt.

Es ist aber auch eine Verhöhnung des klaren und eindeutigen Reichstagsbeschlusses, der endlich mit einem alten Unrecht gegen die Frauen aufgeräumt hatte. Im Oktober befaßte sich der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages erneut mit der Frage und beschloß:

1. Der sozialpolitische Ausschuss drückt sein höchstes Befremden darüber aus, daß das Reichsarbeitsministerium den vom Reichstag einstimmig gefaßten Beschluß auf Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Erwerbslosen nicht durchgeführt hat.

2. Der Ausschuss wiederholt nachdrücklich den Beschluß vom Juli 1924: „die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen aufgehoben wird“ und ersucht das Reichsarbeitsministerium, umgehend die Anordnung über die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 9. August 1924 entsprechend zu ändern.

Es wird von der Zusammensetzung des nächsten Reichstages abhängen, ob die Regierung und die verschiedenen Verwaltungsorgane weiter wagen dürfen, entgegen den Beschlüssen des Parlaments zu verhandeln. Jede einzelne Arbeiterin hat es in der Hand, mitzuwirken, daß die Sozialdemokratie so stark wird, daß keine Regierung sich mehr erlauben darf, ihren Frauenforderungen entgegenzutreten.

Wählt Liste 1!

Auch ein Held.

Stilles Dulderium eines Proletarierjungen.

Er war ein aufgeweckter, lebhafter Junge, einer, an dem die Arbeit des Lehrers zu einer Freude wird, aber er hatte einen Fehler. Fast jeden Tag kam er zu spät in die Schule! Erhielt vom schnellsten Laufes fürzte er einige Minuten nach dem Läuten in die Klasse, murmelte etwas von „Zeitversäufeln“, ließ verlegen die Strafrede des Lehrers über sich ergehen, sah dann noch einige Zeit mit schuldbeuogter Miene da und — kam am nächsten Tage wieder zu spät!

Nachdenklich betrachtete ihn oft der Lehrer. Was mochte wohl der Grund der Unpünktlichkeit sein? Keins der Kinder äußerte je Enttäuschung über diesen Fall, obgleich sonst Schadenfreude — leider — sehr oft in die Erscheinung tritt. Im Gegenteil „Bubi“, so nannten sie den „Sünder“, wurde mit Teilnahme betrachtet, und eines Tages gab ein blonder Junge, dem das Mitleid aus den Augen blickte, dem Lehrer die nötige Aufklärung. „Bubi“ war einer jener kleinen Dulder, an dem das große Verbrechen der Gesellschaft — der Weltkrieg — sich besonders stark in seinen Folgen auswirkt. Sein Vater war im Kriege blind geschossen worden. Aber er war stark geblieben, er wollte arbeiten. Und so stand er Abend für Abend auf den Fernbahnhöfen, um den ankommenden glücklicheren Reisenden das Gepäck zu tragen. Und das Augenlicht ersah ihm dabei sein 13jähriger Sohn, unser „Bubi“. Unermüdlich trug er mit dem Vater die schweren Lasten und war noch glücklich, wenn er welche zu tragen bekam. Wie oft trotz ihn nur ein mitleidiger Blick, und der Reisende wendete sich schnell von dem unerwünschten Anblick ab, den fremdes Unglück bietet. Aber Arbeit gab es nicht.

Und wenn er dann mitten in der Nacht mit dem Vater durch die dunklen Straßen heimging, dann plagte ihn neben dem Gedanken: „Woher kriegen wir morgen zu essen?“ auch sicher noch das andere: „Wenn ich bloß rechtzeitig wach werde, damit ich nicht wieder zu spät komme!“

Die Opfer, die unser tapferer Junge tagtäglich während seines letzten Schuljahres brachte, waren nur ein Vorpiel zu viel größeren. Der Vater war schließlich müde geworden des täglichen Kampfes um das lärgliche Stückchen Brot, er legte sich aufs

Betteln. Und wieder wandert der jetzt Bierzehrfährte mit ihm durch die nächtlichen Straßen von Kneipe zu Kneipe, wo der schlechtbezahlte Arbeiter sitzt, und der seinem noch elenderen Klassen-genossen ein Almosen zukommen läßt, „denn Armut atet der Armut gern“. Aber sie glauben ihm auch den Trost des Vergessens geben zu müssen, den sie selbst leider oft genug in ihrem eigenen Elend suchen. Uebervoll scheint man ihm ein, und so wird in kurzer Zeit aus dem kräftigen Manne ein zermürbtes, gebeugtes Opfer des Alkohols. Zum Nachhausegehen ist er erst zu bewegen, wenn er sinnlos betrunken ist. Und immer neben ihm wie ein Schatten sein Junge; er wartet draußen, er sitzt neben ihm in der Kneipe. Er harrt auf den Augenblick, wo der Vater nichts mehr von sich weiß. Dann räumt er dem sinnlos Betrunkenen die Taschen aus. Denn zu Hause wartet die Mutter mit den hunarigen Geschwistern, für sie nimmt er dem Vater das Geld ab das sonst nie in die Hände der Mutter kommen würde. Für sich behält er auch nicht einen Pfennig zurück, er hat früh verzichtet gelernt.

Vor einem Monat starb der Vater, fast muß man sagen, zum Glück für den Jungen. Und doch — was für Opfer bringt er nun weiter! Auf seinen Schultern ruht jetzt die Hauptlast für die Familie. Selbst noch ein Kind, muß er schwere Fabrikarbeit leisten, um seine Geschwister zu ernähren.

Wie wahnsinnig der Gedanke, daß es eine Gesellschaftsordnung gibt, die Tod und Elend im Uebermaß über die Menschen bringt, und dann kaltblütig ihre Opfer sich selbst überläßt, um schließlich über ihre Leichen hinweg zu neuen Wahnsinnstaten, neuen Verbrechen zu schreiten. Frauen und Mütter, wolt ihr 'eser Zustände ein Ende machen, so steht nicht länger tatenlos beiseite. In euren Händen ruht die Entscheidung über die Zukunft unseres Volkes, erscheinet euch am 7. Dezember für eine friedliche Zukunft eurer Kinder, wählt die Partei, die euch den Frieden bringt: die Sozialdemokratie! Elisabeth Niedger.

Sonnige Kindheit.

„Die Vorbedingung einer edlen Menschheit ist eine wahrhaft glückliche Kindheit.“

Wo glücklichen Kindern ein sonniges Heim vergönnt ist, wo die eigene Mutter ihre Kinder anzuleiten und zu beschäftigen versteht (und die Zeit hierzu hat), da bedarf es nicht unbedingt einer Ergänzung der Erziehung vor der Schulpflicht. In wie vielen Haushalten sind aber die Wohnungsverhältnisse so beengt, daß lediglich der Kindergarten für die Kleinen ein bißchen Kindheitspoesie retten kann.

Kindergarten! Man denkt unwillkürlich an Licht und Leben, an den Jungbrunnen alter Märgen, aus dem man schöpfen möchte, um die eigene Jugend sich zu bewahren. Und für viele wiederum, die als „Einzig“ im Elternhaus übermäßig verwöhnt und verhätschelt werden, bringt der Kindergarten den Segen der Gemeinschaftserziehung, das Anpassungsvermögen und die Rücksicht auf andere. Die Kinder empfinden ja auch bei gemeinschaftlicher Beschäftigung mit Arbeit und Spiel erst das wahre Gefühl des Glücks.

Die Schaffung von Kindergärten verdanken wir Fröbel. Fröbel ging davon aus, daß das Kind in keiner Weise sich bemüht, die Welt zu erfassen. Bei jeder ihm neuen Erscheinung fragt es: Warum? Wieso? Weshalb? Im Kindergarten läßt man den jungen Geist durch eigene Erfahrungen die Zusammenhänge finden. In der fröbelschen Beschäftigungsmitteln haben wir ein billiges und treffliches Material, den Geist anzuregen und zu entwickeln.

Der Kreis der Kinder im Kindergarten ermöchtigt erst die Ausführung von Reigen und anderen Spielen mit Gesang. Und wie strahlen die Augen, wenn die Kleinen im Kreise beisammensitzen und schöne Geschichten erzählt werden.

Zweifellos härt von der Persönlichkeit der Kindergärtnerin, ihrer Ausbildung, Berufserfahrung und ihrer Liebe zu den Kindern es wesentlich ab, ob die vielen Keime und Anlagen der Kinder auch erkannt und gefördert werden.

Die Arbeiterwohlfahrt und die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde haben überall Ausschüsse, die in Kinderhorten, Kindergruppen und Kindergärten arbeiten, im Geiste der Gemeinschaftserziehung. Während die Arbeiterwohlfahrt sich fürsorgerisch betätigt, übernimmt die Gemeinschaft der Kinderfreunde die erzieherischen Aufgaben; beide Organisationen ergänzen sich natürlich.

„Sonnige Kindheit“, das ist das Ziel unserer Bewegung! Jede Mutter, jeder Kinderfreund muß uns helfen!

Mütter, Kinderfreunde, schließt euch den Kinderfreunden und der Arbeiterwohlfahrt an. (S.W. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr.)

Mein Kind

Ich hätte ihm das Leben geschenkt,
Sagen die Leute.

Doch meine Seele, die heute
Nach solchem Erleben, solchem Ertragen
Tiefer ins Aug' des Allewigen schaut,
Will es anders sagen.

Sie weiß, wo unendlich ihr Himmel blaut!
So sprech ich, zu tiefstem Bekennen gedrängt:
Mein Kind hat mir das Leben geschenkt.

Olga Stürkath-Stawitz.

Heimarbeiterinnen, wie müßt Ihr wählen?

Am 16. Juni 1923 ist im Reichstage das Heimarbeiterlohngesetz einstimmig angenommen worden. Es passiert nicht oft, daß Gesetze einstimmig zur Annahme gelangen. Es handelte sich hier aber um ein Gesetz, das nach seinem Wortlaut und nach den Absichten der Urheber den durch Heimarbeit ihr Brot suchenden Menschen Gelegenheit geben sollte, die in der Heimarbeit häufig so überaus niedrigen Löhne mit Hilfe von Sachausschüssen zu verbessern.

Schon bei der Beratung des Hausarbeitsgesetzes im Jahre 1911 hatten die Sozialdemokraten im Reichstage beantragt, den vorgeordneten Sachausschüssen das Recht zu geben, Löhne festzusetzen. Sie blieben damals allein mit ihrer Forderung. Nur drei bürgerliche Abgeordnete stimmten mit ihnen. Damals glaubten sämtliche bürgerlichen Parteien noch, keine Rücksicht nehmen zu brauchen auf die Notlage weiter Schichten der Bevölkerung, namentlich der auf Erwerbstätigkeit angewiesenen Frauen. Es gab ja 1911 noch kein Frauenwahlrecht. Man brauchte also die Frauenstimmen aus der besitzlosen Schicht der Bevölkerung nicht zu fürchten und man glaubte damals auch noch, den Forderungen der Sozialdemokraten nicht allzuviel Beachtung schenken zu brauchen. Die Sozialdemokraten waren ja in der Minderheit; sie wurden zu Posten in der Verwaltung nicht zugelassen, hatten also dort keinen Einfluß. Der Staat verließ sich damals auch noch auf die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel zur Unterdrückung der Sozialdemokratie.

Mit dem Hausarbeitsgesetz vom Jahre 1911 konnte deshalb für die Verbesserung der Löhne der Heimarbeiterinnen so gut wie nichts getan werden.

Bei der Beratung des Heimarbeiterlohngesetzes im vergangenen Jahre zeigte sich schon der gegenüber der Vorkriegszeit größere Einfluß der Sozialdemokraten und auch die Wirkung des Frauenwahlrechts. Diesmal wurden die schon 1911 von den Sozialdemokraten gemachten Vorschläge Gesetz.

Am 1. Juli 1923 ist das Heimarbeiterlohngesetz in Kraft getreten. Es können jetzt Sachausschüsse errichtet werden, die das Recht haben, Löhne festzusetzen, die für verbindlich erklärt werden können. Die Sachausschüsse können auch Bußen und Strafen verhängen über diejenigen Arbeitgeber, die diese Löhne nicht zahlen. In der Praxis ist aber trotzdem mit dem Beschluß so gut wie nichts erreicht worden. Es kommt nämlich in der Regel nicht zur Bildung von Sachausschüssen. Es fehlt dazu an den notwendigen Ausführungsbestimmungen, die nicht zustandekommen, weil die Reichsregierung sich mit den Regierungen der Länder nicht einigen kann über die Frage: wer trägt die Kosten für die Sachausschüsse.

Die Kosten werden auf zirka 100 000 Mark jährlich geschätzt. Es ist möglich, daß diese Summe noch nicht einmal nötig ist. Auf jeden Fall ist sie so gering, daß darüber weder das Reich, noch die Länder zugrundegehen. Um die Höhe der Summe, also um das Geld, geht auch der Streit nicht. Er geht vielmehr um den Grundsatz, wer die Kosten aufbringt, das Reich, die Länder oder beide.

Reich und Länder streiten sich also um Staatshoheitsrechte und verhindern dadurch, daß Menschen geholfen wird, die dringend der Hilfe bedürfen. Heute verdienen zahlreiche Frauen durch Heimarbeit, selbst bei längerer als achtstündiger Arbeitszeit, weniger, als die Erwerbslosenunterstützung ausmacht.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß Sachausschüsse nach dem einstimmigen Beschluß des Reichstages vom 16. Juni 1923 gebildet werden könnten, die den Schandlöhnen vieler Heimarbeiterinnen ein Ende machen. Die Regierungen aber haben es nicht so eilig damit.

Das Interesse für die Heimarbeiterinnen ist eben stark geschwunden, weil inzwischen die Sozialdemokratie an Einfluß verloren hat. Daran aber sind viele Heimarbeiterinnen selber schuld.

Nur allzuwiele Heimarbeiterinnen schenken während der Zeit der großen Not, in der Zeit der rasenden Geldentwertung, denen Gläubigern, die die verzweifelte Stimmung unseres Volkes ausnützen, um verlorene Macht dadurch zurückzugewinnen, daß sie der neuen Staatsform und der Sozialdemokratie die Schuld an dieser Not aufhalsen, die sie selber verursacht hatten. Dadurch ist der Einfluß der Sozialdemokraten erheblich geschwächt worden. Nach den Wahlen am 4. Mai d. J. trat dies besonders in Erscheinung durch die Zusammensetzung des Reichstages. Der geschwächte Einfluß der Sozialdemokraten zeigte sich aber auch in den Parlamenten, wo keine Neuwahlen stattgefunden hatten, und er zeigte sich (freilich in der Öffentlichkeit nicht so sichtbar) in dem Verhalten der Regierungen und der Verwaltungen des Reichs und der Länder zu den Fragen, die das Arbeiterinteresse berühren.

Bei einer anderen Zusammensetzung des Reichstages, als es im letzten halben Jahre der Fall war, wo 106 Deutschnationale, 32 Deutschpötkische und 62 Kommunisten mit anderen bürgerlichen Parteivertretern bemüht waren, den Einfluß der Sozialdemokraten auszuschalten, wäre es nicht möglich gewesen, wegen eines für Reich und Länder gleich unwesentlichen Geldbetrages die Durchführung eines wichtigen, einstimmig gefaßten Beschlusses zu verhindern, der den Heimarbeiterinnen günstigere Arbeitsbedingungen schaffen könnte.

Heimarbeiterinnen! Wollt ihr weiter arbeiten zu Bedingungen, die euch trotz harter und langer Arbeit kaum das trockene Brot geben, dann wählt am 7. Dezember deutschpötkische, deutschnationale oder kommunistische Vertreter. Wollt ihr aber Gelegenheit schaffen, eure Arbeitsbedingungen zu verbessern, dann wählt die Liste der Sozialdemokratischen Partei, die seit Jahrzehnten bemüht ist, die Lebensbedingungen der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerung zu verbessern, und die wegen dieser Bemühungen von den Vertretern von Wohlstand und Staatsgewalt geschmäht, verleumdet und verfolgt worden ist.

Es darf aber für die Heimarbeiterinnen am 7. Dezember keine andere Wahl geben als die Liste der Sozialdemokratischen Partei.

Gertrud Hanna.

Um Eurer Kinder willen

dürft ihr nicht deutschnational wählen am 7. Dezember. Die Deutschnationale Volkspartei will durch Zölle uns Brot, Fleisch, Milch, Butter, Fett, Eier, Obst und andere Lebensmittel noch mehr verteuern. Die Großlandwirtschaft will sich von neuem an Hunger des Volkes bereichern. Die Kinder leiden am meisten an Gesundheit und Entwicklung durch die Unterernährung.

Im letzten Vierteljahr 1923 starben an Tuberkulose von 1000 Kindern: in London 67; in München 117; in Berlin 124; in Mainz 148.

In einem Berliner Vorort waren im Herbst 1922 von 100 schulfähigen Mädchen 30, von 100 schulfähigen Knaben sogar 31 zu schwach für irgendeinen Beruf. Bei einem solchen Gesundheitszustand der deutschen Kinder will die Deutschnationale Volkspartei die wichtigsten Nahrungsmittel weiter verteuern und die Deutsche Volkspartei will bereitwilligst dabei helfen. Die Deutschpötkischen haben nichts dagegen und außerdem möchten sie einen neuen Krieg; die Kommunisten schwärmen von einer blutigen Weltrevolution und so könnte nach dem Willen all dieser Parteien das furchtbare Elend immer von neuem beginnen.

Nur die Sozialdemokratische Partei hat den wirtschaftlichen Niedergang und die Aushungerung der breiten Massen bekämpft; nur sie hat für Völkerverständigung und friedliche Entwicklung gearbeitet. Nur durch die Politik der Sozialdemokratie können endlich die harten Folgen des Krieges verschwinden. Nur die sozialdemokratische Politik kann die Gegenwart erleichtern und unseren Kindern eine bessere Zukunft schaffen.

Um eurer Kinder willen wählt am 7. Dezember die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aufruf.

Wir können!

Glaubt ihr dem Worte nicht?

Glaubt ihr nicht Herr eurer selbst zu sein?

Haltet ihr euch für kleiner als klein?

Nein!

Wir können!

Sturm ist stärker als Felsenmacht!

Menschengestalt größer als Hölle macht!

Geist fordert freihelbstark fern und nah:

Ja! —

Wir müssen!

Folgt ihr dem Drange nicht?

Wähnt ihr nur alles für Trug und Schein?

Oder wollt ihr gar feige sein? —

Nein! —

Wir müssen!

Müssen die Fesseln zerbrechen!

Alle Farnern des Herzens sprechen,

Gedenken sie dessen, was bisher geschah:

Ja!

Wir wollen!

Folgt ihr dem Rufe nicht?

Könnt ihr nur murren über das Sein?

Nein! —

Wir wollen!

Tat soll die Lösung sein!

Gequält von wild-tyrannischer Pein,

Ist für uns nur ein Aufschrei da:

Ja! —

Edmund Fischer.

Weltfrieden?

Ist ein Weltfrieden überhaupt möglich, wo doch in jedem Volk und Land die verschiedensten Strömungen gegen den Frieden arbeiten?

Diese Frage ist jetzt mehr denn je berechtigt, und jede Frau, nicht nur jeder Mann muß jetzt bekennen, ob sie für oder gegen den Krieg ist. Denn die Reichstagswahl am 7. Dezember ist letzten Endes nichts anderes als Frage und Bekenntnis, ob wir für eine Gewaltpolitik stimmen oder für eine Politik des Rechts und der Freiheit eintreten.

Wenn man mit offenen Ohren im Bäckertladen steht oder in der Eisenbahn fährt oder sonstwo zwischen einfach denkenden Menschen steht, immer und immer wieder hört man dann das Bekenntnis: „Ach, wir Frauen können ja an allem nichts ändern und müssen alles, was mit Politik zusammenhängt, den Männern überlassen.“

Dass die meisten Frauen von der Politik nichts verstehen, ist leider eine Tatsache. Doch mit dem Wahlrecht haben wir auch die Wahlpflicht erhalten. Und wenn man ein Recht und eine Pflicht erhalten hat, dann muß man beide auch erfüllen. Da hilft keine Unkenntnis über Politik und kein Jammer über Not und Elend in der Familie, da heißt es klar und deutlich Antwort geben auf die Fragen: „Wißt du abermals Kriegselend an dir und deinen Kindern erleben? Wißt du noch größere wirtschaftliche Not und noch teureres Brot haben? Hast du die furchtbare Kriegszeit, die Angst und Qual um Mann und Sohn, die Hungersnot in der Familie schon wieder vergessen?“

Und wenn diese Fragen lebendig werden, dann schreit jedes Frauenherz, das die vier Blutjahre mit durchlitten hat (es gibt natürlich auch viele, die in den vier Kriegsjahren sich köstlich amüsiert und gut genährt haben) — nein, nein, nein!

Und dieses Nein ist doch das klare Bekenntnis gegen die Gewaltpolitik der Kriegsheher und für die Politik des Rechts und der Freiheit.

Was nützte uns denn alle deutsche Tapferkeit bei einem neuen Krieg? Wo doch zukünftig Gifte, Gase und Bazillen, die mittels Luftflotten über Meer und Land ausgestreut werden, die Kampfmittel sind? Und wozu denn das Völkermorden? Wo doch ein Völkerbund über Recht und Freiheit der einzelnen Völker entscheiden kann.

Diese Fragen der Politik kann doch jede Frau mit durchdenken, denn sie hat doch die letzten zehn Jahre bewußt durchlebt und durchlitten. Und darum hilft uns auch keine Entschuldigung von Unkenntnis der Politik. Wir haben den Völkermord und seine Folgen erlebt, und da wir mit das Recht zu wählen haben, müssen wir diejenigen Volksführer wählen, die für den Frieden und für das Recht und für die Freiheit eintreten. Keine der Rechtsparteien, wohl aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für den Frieden!

Hilf du ihr mit deiner Stimme, dann hilfst du mit am großen Werk des Weltfriedens.

1 Sozialdemokraten wirken in allen Ländern für den Frieden! **1**
Arbeiterfrau, unterstütze am 7. Dezember die deutsche Sozialdemokratie Liste Eins!

Wer sein Kind lieb hat, wählt am 7. Dezember die Liste der Sozialdemokratie!

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abteilung _____)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 Pfennig,

Wochenbeiträge monat 20, weibl. 10 Pf. So. _____ M.

_____ den _____ 1924.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ in _____

Staatsangehörigkeit: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

(Bei der Annahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden)

Verantwortlich: Anna Todenbach. — Druck: Vorwärts-Verlagerei und Verlagsankalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 18, Lindenstraße 3.



Der Schutzzoll stiehlt Euch Fleisch und Brot. Drum wählt Sozialdemokraten, wählt rot!

1. Fröhlicher Nachmittag

Donnerstag, den 20. November 1924, nachmittags 4 Uhr, in den Germaniafalen, Berlin N., Chausseestraße 110. Saalöffnung 3 Uhr.

Programm:

1. Vieder zur Laute: Elsa Albrecht — Gertrud Baren.
2. Reigenzüge der Kindergruppe „Hallen des Tor“:
 - a) Es murmeln die Wellen, es murmeln der Bach.
 - b) Wegt im Sternenhimmel leucht die Nacht herein.
3. Regitationen Frau Marie Vorchardt (Theater des Westens).
4. Ansprache: Das Recht auf Freude
5. Vieder zur Laute: Elsa Albrecht — Gertrud Baren.
6. Reigenzüge der Kindergruppe „Brenzlauer Berg“:
 - a) Ich geh durch einen grasgrünen Wald.
 - b) Dort unter der Linde.
 - c) Wo ein Klein's Hüttele steht.
 - d) Hoppa, Heissa.
 - e) Der Kuckuck und der Piedewitt.
7. Regitationen: Frau Marie Vorchardt (Theater des Westens).

2. Abendfeier

Mittwoch, den 26. November 1924, abends 7 Uhr, in der „Neuen Welt“, Halensee, Saalöffnung 6 Uhr.

Programm wird in der nächsten Nummer der „Wählerin“ veröffentlicht.

3. Nachmittagsfeier

Mittwoch, den 3. Dezember 1924, nachmittags 4 Uhr, im Saalbau Friedrichshain. Saalöffnung 3 Uhr.

Programm wird in der nächsten Nummer der „Wählerin“ bekanntgegeben.

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. für jede Veranstaltung sind zu haben: Lindenstr. 3, 2. Hof II links, Zimmer 1.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

(Monatlich 3.— Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn _____ Hof — Quergeb. — Seit mit. — Tr. links — rechts

bei _____